Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

26.09.2005 Nr. 83

Inhalt:

Schließung des Hauptkanals für den Verkehr	S. 01	Engpass beim Kreisel an der Post	S. 02
Jugendzentrum an zentralem Standort	S. 01	Fortbildung für Mandatsträger	S. 03
Das Obenende soll schöner werden	S. 02	Wachstum bei Biokraftstoffen	S. 04
Maßnahmen für das Untenende	S. 02	Für neuen Standort des Jugendzentrums	S. 04

Oktober 2005

Schließung des Hauptkanals für den Verkehr im Winter

Die Stadt Papenburg schloss verschiedene Verkehrsführungsmaßnahmen am Hauptkanal ab: zum Beispiel Schaffung von Passagen zwischen den Parallelstraßen und dem Hauptkanal. Die unter der Bezeichnung "Lüken-Passage" bekannte Zufahrtsstraße zum Hauptkanal wurde in ihrer Oberflächenstruktur neu gestaltet ohne das dort vorhandene Parkplatzangebot zu beeinträchtigen. Hier befürchtete die SPD, dass nach Öffnung des Hauptkanals für den Autoverkehr diese verbesserten Passagen für noch mehr Verkehr in den Wintermonaten führten.

Die SPD forderte erneut, den Hauptkanal ganzjährig für den Autoverkehr zu schließen.

Mit der Umgestaltung der Kreuzung Richardstraße und Dechant-Schütte-Straße wurden auch die Vorfahrtsregelungen dahingehend verändert, dass die Dechant-Schütte-Straße als Parallelstraße zum Hauptkanal eine Vorfahrtbevorrechtigung erhielt. Mit dieser Regelung war die SPD nicht einverstanden, weil sich die Dechant-Schütte-Straße damit trotz Tempo 30 km zu einer Rennstrecke entwickeln könnte. Außerdem veränderten sich damit die Verkehrsflüsse zum Hauptkanal sehr stark. Leidtragende dieser Regelung waren die Anwohner der Friesenstraße. Dort erhöhte sich das Verkehrsaufkommen, weil jetzt viele Papenburger über den Osterkanal und Friesenstraße den Hauptkanal anfahren, statt die B 70 bzw. Kirchstraße zu nehmen.

Die lokale Umfrage

„Kommt ganzjährige Sperrung, ist der Hauptkanal tot“

Geschäftsleute gegen Vorstoß der SPD-Fraktion, die Untenender Stadtmitte dauerhaft zur Fußgängerzone zu machen

Von Dirk Fisser

Papenburg

In den kommenden Monaten ist der Hauptkanal in der Papenburger Stadtmitte wieder für den motorisierten Verkehr freigegeben. Dies sei richtig, „ansonsten ist der Hauptkanal in dieser Jahreszeit tot“, stellte Manfred Eden in einer Umfrage unserer Zeitung zur Öffnung des Bereiches für den Autoverkehr fest.

Eden, der Inhaber der Papenburger Getränkezentrale ist und dessen Geschäft sowohl vom Hauptkanal als auch von der Dechant-Schütte-Straße betreten werden kann, lehnt eine ganzjährige Sperrung des Hauptkanals entschieden ab. Seine Befürchtung ist, dass ein nicht befahrbarer Hauptkanal außerhalb der touristischen Hochsaison vollkommen verwaist.

„IM SOMMER ANGEMESSEN“: Detlev Rump.

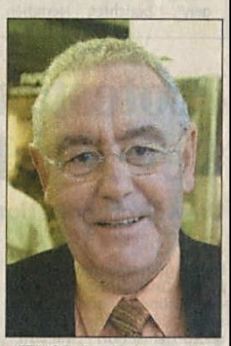
Detlev Rump, Eigentümer des gleichnamigen Modegeschäfts, betrachtet die Sperrung im Sommer als durchaus angemessen. Im Spätherbst und Winter solle der Abschnitt aber befahrbar bleiben. Vor allem die zum Teil langen Wege der Kunden zu den Geschäften sind für ihn das Hauptargument gegen die Vollsperrung.

Ähnlich sieht dies Hermann-Josef Averdung, Vorsitzender der Werbegruppe Stadtmitte und selbst Geschäftsinhaber am Hauptkanal. „Kein Mensch will den Verkehr haben, aber jeder nutzt ihn“, weiß Averdung zu berichten. Er hält die bisherige Regelung der Stadt für optimal. Diese sieht vor, dass der Hauptkanal kurz nach dem Stadtfest Anfang Juni bis zur Autoschau im Oktober gesperrt bleibt.

Die Papenburger SPD hatte (wie berichtet) eine ganzjährige Sperrung gefordert. Peter Raske, Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat, verwies unter anderem darauf, dass der Großteil der Geschäfte am Hauptkanal über ausreichend Parkmöglichkeiten im rückwärtigen Bereich verfüge. Das kostenlose Parken in Papenburg sei überdies eine lobenswerte Sache.

„KEINE WINTERSPERRUNG“: Manfred Eden.

Gelassen steht Rüdiger Schulz der Diskussion gegenüber. Er parkte zwar gerade mit seinen Pkw am Hauptkanal („Das ist einfach bequemer“), da das Geldinstitut, das er aufsuchen wollte zwar auch Parkplätze im rückwärtigen Bereich vorweise, ein Eingang aber nur am Hauptkanal vorhanden sei. Ob die Stadtmitte nun ganzjährig verkehrsberuhigt wird, ist Schulz eigentlich egal. „Von mir aus kann dieser Abschnitt das ganze Jahr über zu bleiben“, meinte er. Die Sperrung während des Sommers fände er aufgrund des Touristenaufkommens schon sehr sinnvoll. Er zeigte in diesem Zusammenhang aber auf, dass selbst zu dieser Zeit das Verkehrsaufkommen am Hauptkanal teilweise erheblich sei. Hier müsse genauer kontrolliert werden. Und derzeit, so seine Beobachtung, würden sich viele Kraftfahrer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung von sieben Stundenkilometern halten.



„JETZIGE REGELUNG GUT“: Hermann-Josef Averdung.

Ems-Zeitung 22.10.2005

Für Jugendzentrum an zentralem Standort mit mehr Personal

Für die Fraktion von SPD und GRÜNEN hatte sich das Jugendzentrum bewährt und war ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit in Papenburg. Wenn von Verwaltung und CDU die Forderung nach einem Neubau an einem anderen Standort gestellt wurde, so musste ein zentraler Standort gefunden werden, der auch von den Jugendlichen akzeptiert würde.

Seit einigen Jahren verschlechterte sich der bauliche Zustand des Jugendzentrums. Außerdem waren auch bisher wesentliche Teile des Gebäudes wie Becken, Kellerräume und Installationsanlagen nicht oder nur bedingt nutzbar. Deshalb wurde auch von der SPD ein eventueller Neubau begrüßt.

Festzuhalten blieb aber, dass die Lage des Jugendzentrums auf dem Gelände des Wasserwerkes zur Annahme durch die Jugendlichen wesentlich mit beigetragen hatte. Der Ort war zentral und von allen Stadtteilen gleichermaßen gut zu erreichen. Darüber hinaus war die Nähe zum Ems-Center mit seinem Kino und dessen Freizeitangeboten vorteilhaft. Auch die Nähe zum Forum Alte Werft und zum Einkaufszentrum Deverpark bot Standortvorteile. Deshalb sollten bei der Suche nach einem neuen Standort diese optimalen Bedingungen berücksichtigt werden.

Die SPD-Fraktion war der Meinung, dass für eine gute Jugendarbeit die Standortfrage und die räumliche Ausstattung von Bedeutung wären. Genauso wichtig wäre aber auch die personelle Ausstattung des Jugendzentrums. Nachdem die CDU die Notwendigkeit des Jugendzentrums nicht mehr in Frage

stellte, sollten alle Fraktionen gemeinsam dafür sorgen, dass bei einem Neubau des Jugendzentrums die personelle Ausstattung erweitert würde.

November 2005

Das Obenende soll schöner werden

Weichen für Entwicklungskonzept gestellt / Kreisel-Frage sorgt im Stadtrat für Brisanz

■ **Papenburg (jk)** Das „Struktur- und Entwicklungskonzept Obenende 2015“ haben die Papenburger Ratsherren bei ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag ganz oben auf ihre Agenda gesetzt. Einigkeit herrschte in den Fraktionsreihen bezüglich der Gesamtkonzeption zur Umstrukturierung des Stadtteils und deren Notwendigkeit. Mitunter heftige Diskussionen entfachten jedoch bei Detailfragen. Stein des Anstoßes für die Fraktion von SPD/Grünen war der Bau eines Kreisverkehrs an der Einmündung zur Ersten Wiek, der Bestandteil früherer Gespräche war, in der jetzigen Konzeptvorlage jedoch nicht mehr vorgesehen ist.

„Dieser könnte aber helfen, die gefährliche Verkehrssituation zu entschärfen“, ist sich Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel sicher. Zudem hätte sich dieser Wunsch deutlich aus Bürgergesprächen herauskristallisiert, so Bugiel weiter.

Ein weiterer Kritikpunkt der Opposition an einem ansonsten „hervorragenden Entwicklungskonzept“ (Peter Raske) war ein im Entwurf nicht berücksichtigter Ausbau des Splittings zwischen Bethlehem und Museumsgelände.

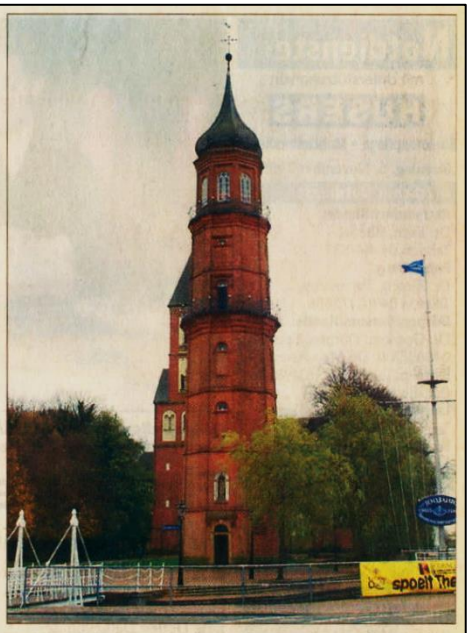
Bugiel: „Können dem Entwurf so nicht zustimmen“

Einem offiziellen Antrag, diese Punkte ergänzend in die Planungsgrundlage mit einzubeziehen, wurde nicht stattgegeben. „Nicht finanzierbar“, argumentierte Hermann-Josef Abeln (CDU), Vorsitzender des Bauausschusses. „Diese Punkte sind unverzichtbar. So können wir dem Entwurf nicht zustimmen“, begründete Hartmut Bugiel denn das ablehnende Fraktionsvotum.

Mit ihrer Zustimmung sorgten CDU und FDP allerdings für eine Weichenstellung des Entwicklungskonzeptes in seiner ursprünglichen Form. Es beinhaltet ein ganzes Bündel an Maßnahmen. „Für die Realisierung ist ein Zeitraum von zehn Jahren angedacht“, wie Stadtbaurat Dirk Landeck mitteilte. Im Mittelpunkt stehen nach seinen Angaben die Verkehrsentwicklung (Weiterführung der Nordtangente) und der Umbau des Splitting-Abschnittes zwischen Erster Wiek und Umländerwiek. Vor allem dem Kernbereich komme hier eine besondere Bedeutung zu. So soll das Obenender Zentrum eine gestalterische Aufwertung erfahren. Zugleich müsse die Parkplatzsituation verbessert werden. „Es ist hier schon einiges passiert, aber dennoch ist eine ganze Reihe von Maßnahmen nötig, um eine Optimierung zu erzielen“, führte Landeck aus.

Die Anbindung des Bolwinsweges als vierten Arm an den Kreisel ist in diesem Zusammenhang ein langfristiges Ziel. Als deutlich kurzfristiger offenbart sich die geplante Sanierung des Alten Turms. „Er soll für Besucher besser erreichbar gemacht werden“, unterstrich der Baudezernent. Bis zur Eröffnung der kommenden Tourismussaison wird das Monument über eine neue Treppenanlage verfügen und werden die äußerlichen Bausubstanzmängel behoben sein, verspricht Dirk Landeck. Auch dem Michaelisplatz winkt eine optische Aufwertung.

Weiterer Agendapunkt war der geplante Bau der Seniorenwohnanlage „Am Klostergarten“ in Aschendorf. Erste Entwürfe lägen bereits vor, so Landeck. „Ziel der Investorengesellschaft ist es, 2006 mit dem Bau zu beginnen“, hieß es. Ein zwei- bis dreigeschossiges, kompaktes Pflegeheim soll im Herzen des Ortes entstehen. Aschendorfs Ortsbürgermeister Hans-Michael Goldmann (FDP) sieht im Seniorenwohnheim „eine große Zukunft für Aschendorf.“



Bis 2015 sieht der städtische Struktur- und Entwicklungsplan eine gestalterische Aufwertung des Obenendes vor. Foto: meg

Sonntags Report 06.11.2005

Maßnahmen am Hauptkanal zwischen B 70 und Hermann Lange Straße

Nachdem auf der letzten Ratssitzung das Struktur- und Entwicklungskonzept für das Obenende auf den Weg gebracht wurde und sich endlich wieder Lösungen für das Gebiet am Turmkanal abzeichneten, schlug die SPD weitere städtebauliche Maßnahmen für das Untenende vor.

Als ein wesentliches Ziel für die zukünftige Gestaltung im Stadtmittebereich sah die Fraktion die Verlagerung von Produktionsstätten aus dem Stadtmittebereich in die Gewerbe- und Industriegebiete. Immer wieder kam es zu Störung der Friedhofsruhe durch die angrenzenden Industriebetriebe. Um hier Abhilfe zu schaffen, aber auch um weitere interessante städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, schlug die SPD vor, die gewerblichen bzw. industriellen Teile der Firmen Bunte und Nyblad in die Industrie- bzw. Gewerbegebiete zu verlagern.

Neben einem interessanten Baugebiet könnte hier in Kooperation mit den Berufsschulen und der Handwerkskammer und durch die unmittelbare Nähe der Fachschulen des Krankenhauses und der Volkshochschule ein Kompetenz- und Bildungszentrum entstehen. Zu überlegen wäre, ob die guten Kooperationsformen der Berufsschulen mit örtlichen Firmen nicht als Grundlage dafür genutzt werden können, um Papenburg für einen Standort zur Kooperation mit der Fachhochschule Emden ins Gespräch zu bringen.

Ein weiteres Anliegen war die Entschärfung der Verkehrssituation an der Kreuzung Hauptkanal/Russellstraße/Hermann-Lange-Straße. Hier wünschte sich die Fraktion den Bau eines Kreisels.

Um die Parkmöglichkeiten am Hauptkanal und für das Krankenhaus zu verbessern, sollte endlich der alte Betriebshof Bunte hinter dem heutigen Gebäude der Caritas als Parkplatz für das Krankenhaus und den Hauptkanal ausgebaut werden. Diese Maßnahmen würden nach Ansicht der SPD dazu führen, dass die Stadtmitte am Untenende noch attraktiver würde.

SPD fragt nach Beseitigung des Engpasses am Kreisel bei der Post

Bereits im Mai 2004 kündigte die Stadtverwaltung an, den Engpass bei der Straße „Am Stadtpark“ vor der Post zu beheben. Die Fraktion von SPD und GRÜNEN bedauerte, dass bis heute keine konkreten Planungen von der Stadtverwaltung vorgelegt wurden.

Die SPD-Ratsmitglieder versprachen sich durch einen zweispurigen Ausbau mit einer weiteren Abbiegspur zur Friederikenstraße weniger Stau vor der Ampel. Von dieser Umbaumaßnahme erhofften sie sich auch, dass die Parkbuchten vor der Post breiter gestaltet würden, um ein gefahrloses Aussteigen zu gewährleisten. Es war unverständlich, weshalb diese Maßnahme nicht weiter verfolgt wurde.

Die Konzeption der Verwaltung für die Lösung des Verkehrsstaus am Postkreisel war f nicht überzeugend. Als unzureichend und am gutachterlichen Aufwand gemessen enttäuschend bewerteten sie den Vorschlag, zur Entlastung des Verkehrsknotenpunktes Postkreisel die Grünphase um 8 Sekunden zu verlängern. Die Möglichkeit den Verkehrsfluss durch eine Grüne Welle zu verbessern, blieb bisher völlig unbeachtet, Hierzu müssten nur entweder entsprechende Kontaktstreifen in die Fahrbahn vor der Ampel Friederikenstraße und der Ampel B 70 eingebracht werden oder an gleicher Stelle Sensoren an den Anlagen selbst installiert werden.. So ließe sich die Steuerung beider Ampeln verkehrsabhängig regeln.

Kreis-SPD geht neue Wege bei der Fortbildung für ihre Mandatsträger

Auf ihrer zweitägigen Klausurtagung in der HÖB in Papenburg verabschiedetet die SPD im Emsland ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die nächsten beiden Jahre. Aktuell forderten sie die Einführung eines verbesserten Öffentlichen Personennahverkehrs im Altkreis Aschendorf-Hümmling.

Unter dem Vorsitz von Karin Stief-Kreihe wurde der Fahrplan für die Vorbereitung der Kommunalwahl beschlossen. Es wurden erste Vorschläge für ein Wahlprogramm erarbeitet, das auf dem Kreisparteitag am 25. März in Meppen verabschiedet werden sollte. Dort würden auch die Kandidaten für den Kreistag gewählt. Bis dahin würden die SPD-Ortsvereine ihre Kandidatenvorschläge einreichen. „Wenn man das Potential an SPD-Wählern bei der Bundestagswahl für die Kommunalwahl nutzen könne, so werde die SPD im Emsland einen satten Zugewinn erreichen;“ stellte Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender, fest. Wichtig wäre, bereits jetzt auf mögliche Kandidaten zuzugehen.

Um die zukünftigen Mandatsträger in den Räten und im Kreistag mit mehr kommunalpolitischer Kompetenz auszustatten, beschloss der SPD-Kreisvorstand die Gründung eines „SPD-Bildungsforum Ems“. Es sollte dazu dienen, die Bildungsarbeit für die SPD-Mitglieder im Emsland zu verbessern, wichtige regionale Informationen für Mandatsträger und Parteigliederungen aufzubereiten und die Aktivitäten im Bildungsbereich für die SPD-Mitglieder im Emsland zu koordinieren. Bei Fortbildungsveranstaltungen sollte mit benachbarten Unterbezirken zusammengearbeitet werden.

Als ein zentrales Thema für den Wahlkampf wurde die Verbesserung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs diskutiert. Der Vorstand würde sich über verschiedenste Formen vom Anrufbus bis hin zum Sammeltaxi informieren.

Schon jetzt wurde die Forderung erhoben, den Discobus im ganzen Emsland wieder einzuführen und für eine Verbesserung der Linienführung mit einer Verbindung zu den benachbarten Landkreisen einzutreten.

Fortbildung auch für Mandatsträger

SPD geht neue Wege – Klausurtagung in Papenburg mit vielen Anregungen

Papenburg Auf ihrer zweitägigen Klausurtagung in Papenburg verabschiedete die SPD im Emsland ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die nächsten beiden Jahre. Gefordert wird die Einführung eines verbesserten öffentlichen Personennahverkehrs im Altkreis Aschendorf-Hümmling. Unter dem Vorsitz von Karin Stief-Kreihe wurde der Fahrplan für die Vorbereitung der Kommunalwahl beschlossen.

Auf der Klausursitzung wurden die ersten Vorschläge für ein Wahlprogramm erarbeitet, das auf dem Kreisparteitag am 25. März in Meppen verabschiedet werden soll. Dort werden auch die Kandidaten für den Kreistag gewählt. „Wenn man das Wählerpotenzial der Bundestagswahl für die Kommunalwahl nutzen kann, werden wir im Emsland einen satten Zugewinn erreichen“, stellte der stellvertretende Kreisvorsitzende Peter Raske fest.

Um die zukünftigen Mandatsträger in den Räten und im Kreistag mit mehr kommunalpolitischer Kompetenz auszustatten, beschloss der SPD-Kreisvorstand die Gründung eines „SPD-Bildungsforums Ems“. Bei Fortbildungsveranstaltungen soll mit benachbarten Unterbezirken zusammengearbeitet werden. Als ein zentrales Thema für den Wahlkampf wurde die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs diskutiert.

Es wurde die Forderung erhoben, den Discobus im ganzen Emsland wieder einzuführen und für eine Verbesserung durch Verbindungen zu den benachbarten Landkreisen einzutreten.

DER SPD-KREISVORSTAND führte seine Klausurtagung zu aktuellen Themen in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte (HÖB) in Papenburg durch.

Ems-Zeitung 16.11.2005

Wachstum bei Biokraftstoffen

Parallel zu dem geplanten Bau einer Bioethanol-Anlage in Papenburg wurde bundesweit eine Debatte zur Umstellung der Förderung der Biokraftstoffe hin zu einem Beimischungszwang diskutiert.

Karin Stief-Kreihe, SPD-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Arbeitskreises für den ländlichen Raum der SPD-Landtagsfraktion, begrüßte, dass die Koalitionspartner SPD, CDU und CSU sich einig waren, die Förderung der Biokraftstoffe noch deutlich auszuweiten. Sie verwies auf einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, der energetischen und stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen eine höhere Priorität zu geben.

Durch einen höheren Anteil der Biokraftstoffe am gesamten Kraftstoffverbrauch könnten in Deutschland zehntausende neue Arbeitsplätze entstehen. Außerdem sänken die viel zu hohen Kosten für Ölimporte und die Umwelt würde von Treibhausgasen nachhaltig entlastet.

Durch den Beimischungszwang, also der vorgeschriebenen Beimischung der Biokraftstoffe zu Benzin und Diesel schon in den Raffinerien, könnte ein gesicherter und wesentlich größerer Absatzmarkt für die Produzenten von Biokraftstoffen geschaffen werden. Innerhalb von nur vier Jahren könnte sich so der Anteil der Biokraftstoffe in Deutschland mehr als verdreifachen.

Der Übergang von der heutigen ausschließlichen Förderung über die Mineralölsteuerbefreiung zum Beimischungszwang mit deutlich reduzierter Steuerbefreiung sollte dabei allmählich und berechenbar passieren, um den Produzenten Planungssicherheit zu geben.

„Von dieser Absicht der großen Koalition würde auch die in Papenburg geplante Bioethanol-Anlage profitieren;“ so Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender. Gleichzeitig galt es aber die Planungen hinsichtlich der Auswirkungen für die Abwasserentsorgung und anderer noch zu lösender Probleme kritisch zu begleiten.

Für Umwelt und Arbeitsplätze

SPD will Wachstum bei Biokraftstoffen

Meppen

Für eine Änderung der Förderung von Biokraftstoffen bis hin zu einem Beimischungszwang spricht sich die SPD Kreis Emsland aus.

Karin Stief-Kreihe, SPD-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Arbeitskreises für den ländlichen Raum der SPD-Landtagsfraktion, begrüßt, dass die Koalitionspartner SPD, CDU und CSU sich einig sind, die Förderung der Biokraftstoffe auszuweiten. „Von dieser Absicht der großen Koalition würde auch die in Papenburg geplante Bioethanol-Anlage profitieren“, so Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender.

Durch einen höheren Anteil der Biokraftstoffe am gesamten Kraftstoffverbrauch könnten in Deutschland zehntausende neue Arbeitsplätze entstehen. Außerdem sänken die Kosten für Ölimporte, und die Umwelt werde von Treibhausgasen entlastet. Durch eine vorgeschriebene Beimischung der Biokraftstoffe zu Benzin und Diesel könne ein wesentlich größerer Absatzmarkt für die Produzenten von Biokraftstoffen geschaffen werden. Innerhalb von nur vier Jahren könnte sich so der Anteil der Biokraftstoffe in Deutschland mehr als verdreifachen, hofft die SPD. Der Übergang von der heutigen Förderung zum Beimischungszwang solle allmählich passieren, um den Produzenten Planungssicherheit zu geben.

Ems-Zeitung 21.11.2005

Für einen neuen Standort des Jugendzentrums

Die CDU-Fraktion legte sich schon auf einen Standort für das Jugendzentrum fest, obwohl in den zuständigen Ausschüssen von der Verwaltung noch keine Vorschläge unterbreitet wurden.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel vertrat die Meinung, dass für eine gute Jugendarbeit auch interessante Standorte notwendig wären, die von der Ausstattung her mit kommerziellen Angeboten konkurrieren könnten: „In einem Abbruchgebäude lässt sich keine Jugendarbeit verantwortungsvoll durchführen.“ Es müsste ein zentraler Standort gefunden werden, der auch von den Jugendlichen akzeptiert wird.

Bei der Überprüfung von städtischen Grundstücken war die Fraktion auf ein städtisches Grundstück zwischen Rheiderlandstraße und Volkspark Bokel gestoßen. Nach Meinung der Fraktionsmitglieder bot sich das Grundstück wegen seiner zentralen Lage und der Nähe zum Volkspark an. Außerdem würde dort die Skaterbahn nicht zu einer Lärmbelästigung für Anwohner führen. Die Fraktion beauftragte die Verwaltung, das Grundstück bezüglich der Möglichkeiten für einen Neubau des Jugendzentrums zu überprüfen. Besonders geprüft werden müsste die Möglichkeit der Gestaltung einer Zuwegung von der Friederikenstraße über den Parkplatz vor dem Volkspark Bokel.

SPD-Ratsherr Peter Raske betonte, dass wichtiger als der Standort die personelle Ausstattung des Jugendzentrums wäre. Nachdem die CDU die Notwendigkeit des Jugendzentrums nicht mehr in Frage stellte, sollten alle Fraktionen gemeinsam dafür sorgen, dass bei einem Neubau des Jugendzentrums die personelle Ausstattung erweitert würde.